

EstR	SB I	SB II	FG
STADT SOLTAU			
11. Feb. 2018			
Der Bürgermeister			
Wv.	Z.d.A.	Rü	

AfD-Antrag zur Stadtratssitzung am 22. Februar 2018:

Aussetzung der Versendung von Gebührenbescheiden an die Anlieger aller Soltauer Straßen, die aufgrund der noch gültigen Straßenausbaubeitragsatzung bis zur endgültigen Entscheidung des Soltauer Stadtrats verpflichtet wären, Anliegergebühren zu zahlen.

Begründung: In der vergangenen Sitzung des Soltauer Stadtrats stellte die Gruppe Bürgerunion/FDP den Antrag, zukünftig auf die Inanspruchnahme von Anliegerbeiträgen zu verzichten, die AfD stellte einen ähnlichen Antrag.

Es darf in Soltau keine Straßenausbaubeiträge mit z.T. existenzbedrohenden Einmalbeträgen mehr geben, keine Gebühren, die einen um Hab und Gut bringen, in die Insolvenz treiben oder andere Schicksalsschläge mit sich bringen.

In einer inzwischen erfolgten Sitzung des Finanzausschusses stellte sich heraus, dass die CDU- wie auch die SPD-Fraktion den BU/FDP-Antrag durch allerlei Maßnahmen zumindest verzögern will. Diese Maßnahmen (z.B. Gutachten) würden weitere sinnlose Kosten verursachen. Gleichzeitig erklärte der Bürgermeister, dass die Gebührenzahlungen nach Fertigstellung der Baumaßnahmen fällig würden.

Somit nehmen es der Bürgermeister sowie die CDU- und SPD-Fraktionen billigend in Kauf, dass Firmen (Carl Benz Straße) und Privatleute (Winsener Straße) vor einer existenzgefährdenden Zukunft stehen.

Soltau, 11. Februar 2018

Klaus-Peter Sperling
Vorsitzender der AfD-Fraktion